

Gilmer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Bresnova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen.
Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone

Nummer 50

Donnerstag den 23. Juni 1921

3. [46.] Jahrgang

Odium.

Die Verfassung des dreinamigen Königreiches wird, wie es heißt, noch in diesem Monate und vor-
ausichtlich schon in den allernächsten Tagen zum Grund-
gesetz für den jungen Staat erhoben werden. Große
Feierlichkeiten werden für den Abschluß dieses Wer-
kes vorbereitet und die Freude über das historische
Ereignis wird in breiten Schichten der Bevölkerung
sichtbarlich zum Ausdruck kommen. Auch wir deut-
sche Staatsbürger, die wir unter der bisherigen
Unsicherheit und Ungeklärtheit der innenpolitischen
Verhältnisse am allermeisten zu leiden hatten, werden
allen Grund haben, uns an dem bedeutungsvollen
Tage der Gesetzgebung der Verfassung mit unseren
slowenischen Mitbewohnern zu freuen.

Aber der Jubel wird nicht überquellend sein.
Denn die Verfassung, die nach monatelanger Debatte
fertiggestellt wurde, hat nicht die Zustimmung der
Mehrheit der gewählten Volksvertreter gefunden und
wird deshalb das Odium an sich tragen, daß sie
durch zufällige Parteikombinationen zustande ge-
kommen ist. In jedem parlamentarisch regierten
Staate sind ja die beschlossenen Gesetze die Ergeb-
nisse von Mehrheitsgruppierungen und niemandem
würde es einfallen, einen Tadel zu erheben, weil
auch in Jugoslawien die Mehrheit eine solche Ver-
fassung geschaffen hat, die ihr passend und zweck-
mäßig erschien. Bedenklicher ist es schon, daß die
Mehrheitsziffer im Königreiche SHS sozusagen
bloß in der Fiktion besteht, da zur Beschlußfähigkeit
nicht die Anwesenheit einer Mindestanzahl von Ab-
geordneten notwendig ist, sondern daß hierfür die
Teilnahme einer beliebigen Menge von Volksvertre-
tern genügt. Dagegen ließe sich mit Recht einwenden,
daß jene Parteien und Abgeordneten, die sich aus
irgendeinem Grunde von den Sitzungen der Konsti-
tuante fernhielten, selbst Schuld daran tragen, daß

die Verfassungsvorlage ohne ihre Mitwirkung oder
gegen ihren Willen von der gegnerischen Gruppierung
mit Gesetzeskraft ausgestattet wird. Soweit ist auch
in dem militaristischsten Staate die Regierungsgewalt
nicht entwickelt, daß sie die Macht oder gar
das Recht hätte, widerspenstige Abgeordnete zwangs-
weise zur parlamentarischen Mitarbeit zu verhalten.

Das Odium, das auf der Verfassung lastet, hat
seine Ursache nicht so sehr in der Ziffer als viel-
mehr in der Zusammensetzung der Mehrheit. Denn
faktisch sitzen im Beograder Parlamente gegenwärtig
fast nur noch die Vertreter des serbischen Sprach-
stammes, während die kroatischen und slowenischen
Abgeordneten bis auf spärliche Rechte aus der Kon-
stituante ausgezogen sind. Wir wollen heute nicht
davon sprechen, daß auch das deutsche Element im
jugoslawischen Staate, das bezüglich der Bevölkerungs-
zahl mit einem der drei südslawischen Sprachstämme
ungefähr die Waagschale hält, durch die Entziehung
des Wahlrechtes von vorneherein nicht in der Lage
war, bei der Grundlegung des neuen Staates mit-
zuwirken. Wie die Dinge heute liegen, kann es viel-
leicht sogar als ein günstiges Geschick betrachtet wer-
den, daß durch die Ausschließung der deutschen
Staatsbürger vom Wahlrechte sie nicht in den
Zwang versetzt wurden, in diesen heißen innerpoli-
tischen Verhältnissen klare Stellung zu nehmen,
weil ihnen ihre Haltung im einen wie im anderen
Falle übelgenommen und, da sie ja über das ganze
Gebiet des dreinamigen Königreiches zerstreut leben,
zumindest einzelnen Teilen von ihnen ein noch här-
teres Los beschieden worden wäre.

Auch die oppositionelle Stellung der Radik-Par-
tei hätte an und für sich nicht hingereicht, den ser-
bischen Volksstamm in irgendeinen Gegensatz zum
kroatischen Volke zu bringen, weil ja die Flatter-
haftigkeit des gewiß außerordentlich begabten und
volksliebenden Führers die Möglichkeit auf eine

frühere oder spätere Annäherung an die Regierungs-
gruppen nicht ausgeschlossen hätte. Das schwerwie-
gendste Moment besteht jedoch darin, daß auch solche
Parteien wie z. B. der jugoslawische Klub und der
Landarbeiterverband, welcher auf dem Boden der
gegenwärtigen Staatseinrichtung stehen und ihre
faktische Bereitschaft zur positiven Mitarbeit
schon durch Anschluß an frühere Regierungsmehr-
heiten bekundet hatten, die Konstituante verlassen und
der neuen Verfassung den schärfsten Kampf ange-
kündigt haben.

Das sind Vorzeichen, die nichts Gutes für die
innere Gestaltung unseres Staates ahnen lassen.
Das dreinamige Königreich, in dem noch so und so
viele Gegensätze aus der Vergangenheit zu überwin-
den oder abzuschleifen sind, bedarf zur ruhigen Fort-
entwicklung seiner Wirtschaft einer sicheren verfassungs-
mäßigen Grundlage, an der zu rütteln niemand den
Versuch unternehmen sollte. Der Geist der Vorlage,
wie er sich in dem ersten Elaborat in seinen Um-
rissen zeigte, hatte alle Voraussetzungen und Vor-
bedingungen, um die drei Volksstämme aneinander-
zuschließen und im Laufe der Zeit zu einer wirk-
lichen Volkseinheit zusammenzuschmelzen. Es hätte
in Einzelheiten vielleicht eines gewissen Entgegen-
kommens von rechts oder links bedurft, um die bei
Geringfügigkeiten sich offenbarenden Ansätze zur
Spaltung im Reime zu ersticken. Aber der Partei-
wille triumphtierte und besiegte wurde nicht etwa die
Minderheit, sondern die Gesamtheit. Wir haben es
bei der Abänderung des Artikels 16 erlebt, daß
über die Wünsche und Bedürfnisse der Minderheit
mit einer oberflächlichen Geste hinweggegangen wird
und diese Annäherung der politischen Macht hat sich
leider auch bei anderen Gelegenheiten gezeigt, wo es
sich um Minderheiten anderer Art gehandelt hat.

Die Kämpfe, welche der Großteil der kroatischen
und slowenischen Volksvertreter der neuen Verfassung

Bad Slatina Radenci.

Von Hansi Rubin, Slatina Radenci.

Fern liegt es mir, für diesen stillverträumten
Erdenwinkel, über dessen Bedeutung als Heilbad schon
berufene medizinische Febern der Öffentlichkeit aus-
gießig berichtet haben, die Reklametrömmel zu schlagen,
um ein Publikum anzulocken, das sensationell durch
melancholisch einsame Parkwege streifen und nase-
rumpfend die „Verwilderung“ des naturfeindlichen
Ortes rügen möchte. Nun, an Sensationen fehlt es
auch hier gewiß nicht. Dafür sorgen schon ein paar
brave, tratschklinke Jünglein und hauschen Tatsachen
unheimlich auf, so daß Grottesken daraus entstehen.
Aber Slatina Radenci ist kein Modebad. Es besitzt nichts,
was anspruchsvolle Kurgäste von heute begehren. Keine
Musikkapelle, kein Kabarett oder Kino, nichts von
allem. „Ein Bad für Greise und alte Weiber!“
wird so mancher Leser sagen. „Oder für feinsinnige
Seelen!“ antwortete ich ihm.

Dieser gänzlich naturdurchwebte Ort ist in seiner
Ruhigkeit, sinnenden Stille und Rauschanka wie
geschaffen für sensitive Menschen, die unter der heu-
tigen, allzusehr auf das Materielle eingestellten Welt
leiden und sich heimlich fortsehnen nach einem verborg-
nen Plaz, der ihnen für einige Zeit wieder ihr
verlorenes Glückseligkeit zurückgibt, der sie einhüllt
in flimmernden Sonnenglanz und leiserwehenden
Wiesenblumenduft und sie mit offenen Augen und

am helllichten Tage träumen läßt von allen Bunden
trägerischer Blauesernen.

Beflüte Gott, daß Slatina Radenci jemals vielbesucht
und begangen wird, daß laute Menschen Umrast und
Geschäftigkeit in diese schweigende Landschaft tragen
oder sie gar zu verbauen beginnen und Steinklöße auf-
türmen mitten in der bienensummen Wiesenherrlich-
keit, wo Pan allabendlich verstreut seine Rohrflöte bläst.

Es sind schon Häuser genug und Leute darin,
die ihren Ärger und die Alltagsorgen durch den
schönheitreichen Ort streuen.

Aber was kümmert das den Gast, der wandernd
und seelenfroh dahinzieht, einem sanftanstrebenden
Bergbügel zu, auf dem das reizvolle Dörfchen Kapellen,
inmitten von Rebengärten steht und mit seinem weiß-
schimmernden Kirchein so lieblich nach Slatina Radenci
heruntergrüßt, daß es jeden zu sich emporgiebt.

Oft ging mein Wunsch danach, Weltgast zu sein
auf Lebensdauer, mich überall still genießend nieder-
zulassen, wo es mir gefällt, nichts fordernd als Ruhe
und feinsinniges Erleben ohne Drang nach Wirken und
Anerkennung, allein glücklich im Sein.

Der Radencer Gast wird stets willkommen
sein, wenn er nur Liebe und Sinn für friedliches
Naturgenießen mitbringt, nicht allzu anspruchsvoll ist
und das gekrüppelte Treiben der Modebäder scheut.

Feine, lichte, aber auch mohnrote und glühende
Sommertäume habe ich in diesem versonnenen Erden-
winkel schon geträumt, stilllegend auf einer Waldwiese,

über die ein zartfüßer Alziendust dahinzog und jedes-
mal, wenn ich von hier schied, um wieder in der
wirbelnden, urastvollen Großstadt nach neuen Ein-
drücken und Erlebnissen zu jagen, dachte ich beklommen:

„Wird mein Sommertraum Erfüllung finden? —
O, dann ist es aus mit den weiteren Träumen und
sie sind doch das Schönste im Leben, diese Lorentäume
und Illusionen, die niemals verwirklicht werden.“

Juni.

Von Elfe Thuma, Graz.

Bunte Blümchen nicken freundlich
Und die Zweige und die Triebe
Dehnen sich im Sonnenlichte.
Dort auf einem schmalen Beete
Steht ein Rosenstrauch versonnen,
Streckt wie schüßend seine Blätter,
Will die feinen Blüten schonen.
Kommt ein Schmetterling ganz leise,
Goldig glänzen seine Flügel,
Schwebt von Blum' zu Blume eilig,
Spielerisch daran zu nippen.
Fliegt zum Rosenstrauch er endlich,
Will sich kühn zur Rose schmiegen,
Doch der Strauch beginnt zu rauschen,
Stechend wehen seine Blätter
Und der Schmetterling muß ziehen.

angedroht haben, werden den Staat von einer inneren Krise in die andere stürzen und die parlamentarischen Vertretungen auf Zeiten hinaus in ihrer fruchtbringenden Arbeit für das Volksganze, wenn nicht behindern, so doch beeinträchtigen. Wir deutschen Staatsbürger, die wir am Gedeihen und der Wohlfahrt dieses Staates interessiert sind, empfinden Schmerz über die Entwicklung der Dinge.

Und in den Freudenbenden, der am Tage der Gesetzgebung der Verfassung den Staatsbürgern kredenz wird, läßt der Ausblick in die Zukunft einen bitteren Vermutstropfen träufeln.

Politische Rundschau.

Inland.

Ein neuer Gesetzentwurf über Ordnung und Arbeit.

Der im Vorjahre bereits ausgearbeitete Gesetzentwurf über Ordnung und Arbeit ist infolge seiner inneren Mängel und Widersprüche nicht in Kraft getreten und mußte einer Abänderung unterzogen werden. Die Vorlage wurde einer aus Vertretern des Ministeriums für innere Angelegenheiten, für Justiz und Sozialpolitik bestehenden Kommission zur Überprüfung überwiesen, die nun ihre Aufgabe vollendet und den neuen Text dem Ministerrat vorgelegt hat. Die Abänderungen und Ergänzungen betreffen vor allem die Eindämmung der staatsfeindlichen Propaganda, insofern das Strafverfahren beschleunigt und die Strafen erhöht werden. Die Freiheitsstrafen sollen bis auf fünfzig Jahre ausgedehnt und die Geldstrafen bis auf 100.000 Dinar hinaufgesetzt werden können. Strafbar wird schon die bloße herausfordernde Verwendung der roten Fahne und überhaupt jede kleinste Handlung sein, die dem Ansehen des Staates oder deren Organe abträglich sein könnte. Die durch die Presse betriebene Propaganda soll nicht nach dem Pressegesetz, sondern nach dem Strafgesetz beurteilt werden. Für strafbare Handlungen, die von Kindern begangen werden, sollen die Eltern zur Verantwortung gezogen werden. Weitere Abänderungen und Ergänzungen handeln von den Maßnahmen zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit, besonders in jenen südlichen Teilen unseres Staates, welche unter der Banden- und Räuberplage zu leiden haben. Auch die Bestimmungen über die Explosivstoffe haben eine wesentliche Verschärfung erfahren. Es wird künftig nicht möglich sein, ohne besondere Erlaubnis des Innenministeriums Explosivstoffe zu besitzen, aufzubewahren und zu kaufen. Dieser Gesetzentwurf soll in Kraft treten, sobald die Verfassung angenommen und die bisher gegen die kommunistische Partei bestehenden Ausnahmungsverfügungen aufgehoben sein werden.

Der Wortlaut der Verfassung.

(Schluß des V. Teiles: Der König.)

Artikel 55: Der König und der Thronfolger sind volljährig, sobald sie das 18. Lebensjahr vollenden. Die Person des Königs ist unverleßlich. Der König kann nicht zur Verantwortung gezogen oder unter Anklage gestellt werden. Diese Bestimmung bezieht sich aber nicht auf das Privatvermögen des Königs. — Artikel 56: Im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen regiert Peter I. Karadjordjevič. Dem König Peter folgt der Thronfolger Alexander und seine männliche Nachkommenschaft aus rechtsgültiger Ehe nach dem Rechte der Erstgeburt. Falls der König keine männliche Nachkommenschaft haben sollte, so bestimmt er selbst einen Nachfolger aus einer Seitenlinie mit Zustimmung der Nationalversammlung. Für einen solchen Beschluß ist die absolute Mehrheit aller Mitglieder der Nationalversammlung erforderlich. — Artikel 57: Das Herrscherhaus bilden die Königin-Gemahlin, die lebenden Vorfahren und Nachkommen in erster Linie mit ihren Gemahlinnen, die leiblichen Brüder und ihre Nachkommen mit ihren Gemahlinnen, sowie die Schwestern des regierenden Königs. Die Beziehungen und die Stellung der einzelnen Glieder des Herrscherhauses zueinander wird mittelst Statut bestimmt, das unter die Gesetze aufzunehmen ist. Kein Mitglied des Herrscherhauses kann Minister sein oder Mitglied der Nationalversammlung. — Artikel 58: Der König legt vor der Nationalversammlung einen Eid ab, der folgendermaßen lautet: „In dem Augenblicke, wo ich (Name) den Thron des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen besteige und die königliche Gewalt übernehme,

schwöre ich beim allmächtigen Gotte, daß ich die Einheit der Nation, die Unabhängigkeit des Staates und die Gesamtheit der Staatsmacht beschützen und die Verfassung unverleßlich halten werde; daß ich nach der Verfassung und nach den Gesetzen regieren und in all meinen Bestrebungen nur das Wohl des Volkes vor Augen haben werde. So wahr mir Gott helfe, Amen!“ — Artikel 59: Der König lebt ständig im Staate. Wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, daß der König für kurze Zeit den Staat verläßt, so vertritt ihn rechtmäßig der Thronfolger. Wenn der Thronfolger verhindert oder nicht großjährig ist, so übernimmt der Ministerrat die Vertretung. Für die Vertretung sind die Besetzungen maßgebend, die der König innerhalb der Grenzen der Verfassung erteilt. Das gilt auch für den Fall einer Erkrankung des Königs, die nicht eine dauernde Unfähigkeit zur Folge hat. Die Vertretung des Ministerrates kann höchstens sechs Monate dauern. Nach Ablauf dieses Termines treten die Verfassungsvorschriften über die Stellvertretung in Kraft.

Danktelegramm des Thronfolger-Regenten an den Schwäbisch-deutschen Kulturbund.

Auf das Jubiläumstelegramm des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes an den Thronfolger-Regenten Alexander anlässlich der in Karlsdorf abgehaltenen zweiten Jahreshauptversammlung ist bei der Bundeskanzlei folgende dringliche Antwort eingelaufen: „Das Telegramm, welches von der Hauptversammlung des Deutschen Kulturbundes an Seine Königliche Hoheit den Thronfolger gerichtet worden ist, haben wir an Seine Adresse übermittelt. Infolge allerhöchster Verfügung Seiner Königlichen Hoheit habe ich die Ehre, Ihnen den Dank für Ihre Ergebenheitskundgebungen auszusprechen. Beograd, am 11. Juni 1921. Für den Kabinettschef: Der Hofmarschall Oberst Damjanovič.“

Zur Frage der Erstreckung der Tätigkeit des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes auf das slowenische Gebiet.

Die Ljubljanaer Jugoslawija veröffentlicht in ihrer Nummer vom 18. Juni einen längeren Bericht über die in Karlsdorf abgehaltene Hauptversammlung des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes, zitiert aus den Ausführungen der Versammlungsredner die wichtigeren Stellen und zieht im Anschlusse daran einen historischen Vergleich zwischen den Deutschen in der Wojwodina und denen in Slowenien, welcher, wie bei diesem Blatte nicht weiter verwunderlich, sehr zu Ungunsten der letzteren ausfällt. Gegen diese unterschiedliche Einschätzung der Deutschen im SHS-Staate wollen wir nicht weiter polemisieren, weil ja die Erfahrung zeigt, daß trotz dieser bei der Ausschließung der deutschen Mitbürger vom Wahlrechte zwischen denen erster und zweiter Gatte kein Unterschied gemacht wurde. Wohl aber muß, soweit das kulturelle Gebiet in Frage kommt, gegen die im nationalsozialen Hauptorgan vorgebrachten Folgerungen Stellung genommen werden. Das Blatt schreibt nämlich: Angeblich beabsichtigt der Kulturbund seine Organisation auch auf Slowenien auszudehnen. Wir hätten dagegen nichts einzuwenden, wenn sich unsere Deutschen dem Programme unterwerfen würden, daß der Bund nicht politisch ist und daß er sich zum Grundsatz bekennt: Staatstreue und volkstreu. Aber die Deutschen im Süden kennen in dieser Beziehung ihre nördlichen Brüder schlecht. Das zitierte Blatt hatte in seiner vorhergehenden Nummer unseres Leitartikels über Anton Pefek Erwähnung getan und der Eilber Zeitung eine würdige Schreibweise über politische Gegner zugestanden. Wir wollen heute einmal den Versuch auf die Gegenprobe machen und die Jugoslawija klipp und klar fragen: welche faktischen Beweise können vorgebracht werden, daß die Deutschen in Slowenien seit der Gründung des dreinamigen Königreiches jemals ihre kulturellen Bestrebungen mit politischen Tendenzen vermengt hätten? Welche Beweise können ins Treffen geführt werden, daß sich die Deutschen im slowenischen Gebiete gegenüber dem Könige und dem Staate illoyal benommen hätten. Wir wollen Beweise haben und keine bloßen Vorwände, Argumente und keine Verdächtigungen. Wir sind überzeugt, daß ein Blatt, das auf Anstand hält, Zeitungsnutzen über angebliche Verfehlungen einzelner Deutscher nicht als faktische Beweise für die Irredenta des ganzen Volkes hinstellen wird.

Ein tschechisch-kroatischer Meinungsstreit über das Wahlrecht der Deutschen.

Das in Zagreb erscheinende tschechische Organ plusterte sich unlängst zum Schiedsrichter über die

verschiedenen in Jugoslawien lebenden Minderheitsvölker auf, indem es sie in zwei Gruppen teilte, in die staatsverhaltende und in die staatszerstörende. Zur ersteren Gruppe gehören die Tschechen, zur letzteren die Deutschen und Magyaren. Aus dieser Unterscheidung leitete das Tschechenblatt die Folgerung ab, daß den Tschechen das politische Wahlrecht von Staats- und Rechtswegen gebühre, wogegen es den Deutschen und Magyaren dauernd vorenthalten bleiben müsse. Dieser Meinung scheint die kroatische Zeitung Obzor nicht beizupflichten, da sie in einer Erwiderung auf diese Ausführungen den tschechischen Herzensergüssen einige bittere Pillen beimengt. Obzor schreibt u. a.: Zu behaupten, daß die Deutschen und Magyaren in ihrem Herzen gegen den Staat sind, ist eine glatte Denunziation. Die Deutschen und Magyaren zahlen ebenso Steuern wie die Tschechen, dienen im Heer und sollen infolgedessen das gleiche Recht haben wie die Tschechen. Uebrigens ist es dumm zu behaupten, die Deutschen seien eine Minderheit, welche nicht ins Gewicht falle. Heute vielleicht, aber in 10 oder 20 Jahren wird es nicht gleichgültig sein, wenn die Angehörigen eines Siebzigmillionenvolkes in Jugoslawien weniger Recht haben sollten als die Tschechen, deren es insgesamt nur 8 Millionen gibt. Vielleicht ist diese Meinung keine slawische, aber die Ziffern kennen keine Nationalität.

Ausland.

Drosselung der deutschen Luftschifffahrt.

Der Botschafterrat hat die alliierte Kommission in Deutschland beauftragt, alle militärischen Maschinen und den vierten Teil der Verkehrsflugzeuge zu gunsten der Entente als verfallen zu erklären. Als Grund für diese Maßregel wird angegeben, daß Deutschland die im Friedensvertrage von Versailles festgesetzte Beschränkung des Baues von Flugzeugen verletzt habe. Um Deutschland zur Einhaltung der Luftfahrtsatzung zu zwingen, wurde beschlossen, bis auf weiteres auch die übrigen drei Viertel in Beschlag zu nehmen. Interessant ist, daß die Entente auch der Regierung des Dr. Wirth die Daumenschrauben ansetzt, obwohl Ministerpräsident Briand erst kürzlich in der französischen Kammer die Loyalität des neuen Reichskanzlers anerkannt hatte. Die Entscheidung des Botschafterrates entbehrt nicht einer gewissen Ironie, da sich die Alliierten bisher untereinander noch gar nicht über den Unterschied von Militär- und Handelsflugzeugen zu einigen vermochten.

Eine Scharfmacherrede Lloyd Georges gegen die kleinen Völker.

Während des Krieges unterließ Lloyd George keine Gelegenheit, um sich in der Pose eines Vorkämpfers für die Rechte und Freiheiten der kleinen Völker zu zeigen. Da seine Phrasen ihren Zweck erreicht haben und die englischen Interessen eine Annäherung an die im Kriege unterlegenen Nationen zu erheischen scheinen, so erachtet es Lloyd George nicht mehr für notwendig, seine angebliche Zuneigung zu den kleinen Verbündeten aufrecht zu erhalten. In einer Rede, die er vor Kurzem in einer Versammlung der Walliser Methodisten hielt, gebrauchte er jörnige Worte über das Benehmen der kleinen europäischen Völker. So sagte er u. a., er sei voller Enttäuschung, wenn er sehe, daß trotz der Lehren des großen Krieges der Geist nationalen Hasses, der Habgucht und des schlimmsten nationalen Stolzes sowie früher vorherrschte. Die kleinen, verborgenen, vom Kriege ausgegrabenen Völker seien noch schlimmer als die großen Länder. Einige dieser befreiten Nationen scheinen dadurch, daß sie solange angeleitet waren, noch ärger geworden zu sein.

Bulgarische Bestrebungen auf Errichtung eines Balkan-Staatenbundes.

Der bulgarische Minister des Innern Dimitrow hatte im Auftrage seines Kabinettschef Stambuliski in Beograd eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Pašić, in welcher der erstere den Vorschlag machte, daß sein Staat mit Jugoslawien in einen Staatenbund eintrete, der sich von der einen Seite der Balkanhalbinsel bis zur anderen erstreckte und eine Bevölkerung von nahezu 20 Millionen umfaßte. Auf diese Weise könnte auch die Frage Makedoniens, welches einen Kampfpunkt zwischen den beiden südslawischen Staaten bildet, durch Anerkennung einer Eigenstaatlichkeit im Rahmen des Staatenbundes in einer für beide Teile zufriedenstellenden Weise gelöst werden. Ein unabhängiges Makedonien würde am adriatischen Meere die Häfen Saloniki und Rawalla haben und beträchtliche Teile von den Gebieten Griechenlands, Serbiens und Bulgariens einschließen. In Bulgarien ist jetzt die Bauernpartei am Ruder, welche, wie Minister Di-

Jene, welche das Heimatsrecht seit 1. Januar 1910 auf jenem Gebiete der österreichischen Hälfte der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie, das dem Königreiche UNG. zugefallen ist, erworben haben, weiters jene, welche bosnisch-herzegowinische Zugehörigkeit seit 1. Jänner 1910 erworben haben, werden Staatsbürger des Königreiches UNG. nur mit Zustimmung unseres Staates. Wenn sie diese Zustimmung nicht verlangen oder sie ihnen versagt wird, erwerben sie die Staatsbürgerschaft jenes Staates, dem das Gebiet zugefallen ist, wo sie das Heimatsrecht hatten, bevor sie dieses Recht bezw. diese Zuständigkeit auf dem Gebiete, wo sie es jetzt besitzen, erworben haben. Diese Gesuche müssen im Sinne des § 3 der Optionsverordnung bis zum 15. Juli 1921 bei jener Bezirkshauptmannschaft eingebracht werden, in deren Gebiet die Gesuchsteller das Heimatsrecht bezw. für bosnisch-herzegowinische Staatsbürger, ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, welche sonach in der Bezirkshauptmannschaft Celje ihr Heimatsrecht besitzen, müssen diese Gesuche bei der Bezirkshauptmannschaft in Celje einbringen. Jene, welche bis einschließl. 15. Juli 1921 die erwähnten Gesuche nicht einreichen, werden nicht als unsere Staatsbürger betrachtet werden. Für Personen, welche das Heimatsrecht auf dem Gebiete

